

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Fabian Jacobi, Stephan Brandner, Jürgen Braun, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/7936 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung der Gleichberechtigung im Wahlrecht und in den politischen Parteien

A. Problem

Nach jahrhundertelanger Entwicklung hat das Grundgesetz in Deutschland die volle demokratische Gleichberechtigung aller Staatsbürger ausgeformt. Sowohl das eigentliche Wahlrecht als auch die in einer parteienzentrierten Demokratie fast ebenso gewichtige innere Ordnung der politischen Parteien müssen demokratischen Grundsätzen entsprechen. Zu diesen Grundsätzen gehört, dass Wahlen frei und gleich sein müssen. Die Willensbildung durch Wahlen muss von unten nach oben, vom Bürger zum Staat, verlaufen. Der Staat des Grundgesetzes darf die souveräne Wahlentscheidung seiner Bürger nicht nach von oben vorgegebenen Kriterien zu lenken versuchen. Gleiches gilt für den Prozess der Kandidatenaufstellung und sonstige Wahlen in den Parteien. Auch diese müssen den Anforderungen an eine freie und gleiche Wahl genügen.

Die gegenwärtige Rechtswirklichkeit entspricht diesen Anforderungen nicht mehr. Seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts vollzieht eine zunehmende Anzahl von Parteien den Prozess der Kandidatenaufstellung wie auch sonstige innerparteiliche Wahlen nicht nach den Grundsätzen einer freien und gleichen Wahl. Stattdessen werden Wahlbewerber in unterschiedliche Klassen eingeteilt und teilweise mit Sonderrechten ausgestattet. Bislang beschränkt sich diese Klasseneinteilung auf eine Einteilung nach dem Geschlecht. Vielfach wird aber bereits eine Ausdehnung der diskriminatorischen Praxis auf weitere der in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes aufgeführten Eigenschaften wie Rasse, Abstammung oder Religion angestrebt.

Trotz dieser eklatanten Mängel der Kandidatenaufstellungen erfolgt bislang die gebotene Zurückweisung der solchermaßen zustande gekommenen fehlerhaften Wahlvorschläge durch die Wahlausschüsse nicht.

Die in den betreffenden Parteien zu verzeichnende undemokratische Praxis setzt sich zudem in den von den Abgeordneten dieser Parteien gebildeten Fraktionen fort.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/7936 abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2020

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Petra Nicolaisen
Berichterstatlerin

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichterstatter

Jochen Haug
Berichterstatter

Linda Teuteberg
Berichterstatlerin

Petra Pau
Berichterstatlerin

Britta Haßelmann
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Petra Nicolaisen, Mahmut Özdemir (Duisburg), Jochen Haug, Linda Teuteberg, Petra Pau und Britta Haßelmann**I. Überweisung**

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 19/7936** wurde in der 83. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Februar 2019 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 84. Sitzung am 4. März 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 19/7936 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Gesetzentwurf in seiner 86. Sitzung am 4. März 2020 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 19/7936 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 4. März 2020

Petra Nicolaisen
Berichtersterterin

Mahmut Özdemir (Duisburg)
Berichtersterter

Jochen Haug
Berichtersterter

Linda Teuteberg
Berichtersterterin

Petra Pau
Berichtersterterin

Britta Haßelmann
Berichtersterterin